

DIE LINKE.

Zeitung für Nordrhein-Westfalen
Nr. 3, Frühjahr/Sommer 2021

www.dielinke-nrw.de

Hier in NRW

Das Coronavirus trifft alle gleich? Weit gefehlt! Die Regierenden wälzen die Lasten vor allem auf die Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen ab. Doch immer mehr sagen dazu:

Nicht auf unsere Kosten!

Wir brauchen **soziale** Alternativen.

Frühjahr 2021: In der dritten Infektionswelle taumelt das Land von Lockdown zu Lockdown. Auf ungelenke Öffnungsversuche folgt der nächste Infektionsschub. Pflegekräfte werden im Dauerstress verheizt. Maßnahmen verlangsamten die Virus-Ausbreitung, hinterlassen aber massive Folgeschäden. Im politischen Durcheinander ist keine Strategie erkennbar. NRW-Ministerpräsident und CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet chaotisiert führend mit.

Rückblende: Sommer 2020, der erste Lockdown hat die Infektionszahlen gesenkt. Aber

weder Land noch Bund treffen Vorsorge für die nächste Welle. Flächendeckend Luftreiniger sowie Tests für Schulen und Kitas? Digitale Ausstattung und Pläne für Distanz- und Wechselunterricht? Alles Fehlanzeige.

EU und Bundesregierung verpennen, genügend Impfstoffe zu ordern – zehn Milliarden Euro sind ihnen zu teuer. Lieber wirft die Regierung allein der Lufthansa fast die gleiche Summe hinterher. Bund und Länder leisten sich ein Dauerpalaver, Laschets Regierung be-

kommt nicht mal die Vergabe von Impfterminen hin. Derweil machen sich Unions-Abgeordnete mit Masken-Deals die Taschen voll.

In der Krise leiden vor allem die, die vorher schon am wenigsten hatten. Bei Amazon & Co. klingeln dagegen die Kassen. Davon sehen die Beschäftigten nichts. Auch für Pflegekräfte ist nur Applaus drin: Ein allgemeinverbindlicher Tarifvertrag wird vom katholischen Caritas-Konzern verhindert. Doch wie geht Pandemie-

Politik gerecht? Sie sorgt für Tests in allen Schulen, Kitas und Betrieben. Sie stellt 40.000 Pflegekräfte zusätzlich ein und bezahlt sie gut. Sie verhindert eine Pleitewelle im Gastgewerbe und bei Solo-Selbständigen durch verlässliche Staatshilfen. Sie zahlt denen, die am wenigsten haben, eine monatliche Coronahilfe. Und sie gestaltet den von der Pandemie beschleunigten Strukturwandel mit einem Schutzschirm für Arbeitsplätze. Das alles geht, wenn Krisengewinnler durch eine Vermögensabgabe und gerechte Steuern beteiligt werden.

Die Krise trifft besonders hart die, die ohnehin wenig haben.



Corona-Politik

Der Gipfel des Staatsversagens

Von Sahra Wagenknecht

Bereits vor dem Ausbruch der Pandemie war unser Land sozial tief gespalten. Vier Jahrzehnte Politik von Union, FDP, SPD und Grünen im Interesse von Lobbyisten, Konzernen, Reichen und Mächtigen haben tiefe Spuren hinterlassen. Die Unfähigkeit und Verantwortungslosigkeit der GroKo in der Pandemie wirkt jetzt wie ein Brandbeschleuniger. Wollte man alle Fehler der letzten Monate auflisten, müsste man Telefonbücher vollschreiben – von ungenügenden Wirtschaftshilfen, die nicht ankommen, dem Beschaffungsdesaster bei Masken, Impfstoff, Luftfilter und Selbsttests und vielem mehr.

► Weiter auf Seite 8

Gewinne abschöpfen!

Während der Corona-Krise sind die Multi-Millionärinnen und -Millionäre deutlich reicher geworden. Diese Krisengewinne sollten zur Finanzierung der Krisenkosten herangezogen werden. Darum will DIE LINKE eine einmalige Abgabe auf riesige Vermögen einführen.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat ausgerechnet: Wenn nur die reichsten 0,7 Prozent zur Kasse gebeten werden und die ersten zwei Millionen Euro unangetastet bleiben, liegen die Einnahmen bei 310 Milliarden Euro bzw. 19 Milliarden pro Jahr über 20 Jahre hinweg. Zum Vergleich: Vor Beginn der Krise waren im Bundeshaushalt 2020 für Gesundheit gerade mal 15 Milliarden Euro vorgesehen. Bei diesem Modell wird der erste Euro über zwei Millionen mit zehn Prozent belastet. Ab 100 Millionen fällt ein Spitzensatz von 30 Prozent an.

DU HAST DAS WORT

Konzerne kassieren Staatshilfen, Menschen mit kleinen Einkommen, Jugendliche, Kleinselbstständige und Pflegekräfte interessieren kaum. Mit der Kampagne „Du hast das Wort“ sagt DIE LINKE: Diese Menschen müssen gehört werden!

Zehntklässler Julius berichtet, wie es Schülerinnen und Schülern in der Pandemie geht.

► Seite 3



Die Arbeitswelt trifft die Pandemie massiv. Ob gar keine Arbeit mehr in Gastronomie oder noch mehr Stress bei Amazon, ob höherer Leistungsdruck in der Gebäudereinigung oder monatelange Flaute im Stahl: Corona beschleunigt den Wandel und bringt Beschäftigte an ihre Grenzen.

► Seiten 4 und 5

Das Pantheon Theater in Bonn gibt es seit mehr als 30 Jahren, selten war dort weniger los als in Zeiten der Pandemie. Die Wuppertalerin Martina Steimer ist die künstlerische Leiterin der Kleinkunstabtöne mit dem großen Namen. Die Kulturszene wird nach Corona eine andere sein, sagt sie im Interview.

► Seite 7



6 Fakten

zur Pflege in NRW

- 1** In den NRW-Krankenhäusern **fehlten** schon im Jahr 2018 **rund 18.000 Pflegekräfte**, nur um alle Schichten ausreichend zu besetzen. Quelle: Ver.di
- 2** 2009 gab es in NRW 413 Krankenhäuser, 2019 **nur noch 341**.
- 3** 75 Prozent der Intensivpflegekräfte können ihre Patienten **nicht mehr angemessen versorgen**. Quelle: HAW
- 4** Die durchschnittliche **Verweildauer einer ausgebildeten Pflegekraft** liegt in der Altenpflege bei 8,4 Jahren. Quelle: Techniker Krankenkasse
- 5** In NRW wird im Pflegebereich von einem **Investitionsstau von 12,5 Milliarden Euro** ausgegangen. Quelle: Ver.di
- 6** Nach Zahlen der Deutschen Krankenhausgesellschaft hat NRW zwischen 1991 und 2015 pro Krankenhausbett **so wenig Geld für Investitionen ausgegeben wie kein anderes Bundesland**. Quelle: Ver.di

Bis nichts mehr geht

Kittel, Haube, Gesichtsschutz, Handschuhe – das alles muss Esther zusätzlich überziehen, bevor sie ein Zimmer betritt. Maske trägt sie sowieso acht Stunden lang. Esther arbeitet als Pflegerin für eine große Klinik im Ruhrgebiet, eigentlich in einer Abteilung für innere Medizin. Doch die wurde in der Pandemie zur Corona-Station – und für Esther zum persönlichen Härte-test.

Beginn der Frühschicht, Esther geht von Bett zu Bett: Blutdruck, Puls, Sauerstoffsättigung prüfen. Irgendwo schlägt ein Überwachungsmonitor Alarm. Hin da, Problem lösen. Dem Patienten geht es schlechter, er braucht mehr Sauerstoff. Esthers Station hat 36 Betten, 24 davon sind mit Corona-Schwerstpflegefällen belegt – sie können weder alleine essen noch zur Toilette gehen. Sie alle brauchen Aufmerksamkeit, aber Esther ist in dem einen Zimmer gefangen. Der Patient stabilisiert sich nicht, muss auf die Intensivstation verlegt werden. Auch das organisiert Esther: Den Kranken einkitteln, eine tragbare Sauerstoffflasche und ein Transportmonitor müssen her, und ein Notfallrucksack sowieso. Während der Verlegung fehlt Esther auf ihrer Station, dabei sind ihre Kolleginnen und Kollegen selbst überlastet. Auch vor der Pandemie war die Arbeit anstrengend – aber mit

„Den Beruf, den ich mal gelernt habe, gibt es nicht mehr.“



Seltene Einblicke in den Alltag auf einer Corona-Station liefert die Online-Ausstellung „Intensiv-Zeit“ des Uniklinikums Tübingen unter medizin.uni-tuebingen.de/de/covid-intensiv. Hier: Mobilisation eines Patienten.

Quelle: Uniklinikum Tübingen, Fotograf Tobias Wuntke

weniger Schwerstpflegefällen. Jetzt ist Esther regelmäßig den Tränen nah. „Du arbeitest die ganze Zeit, wirst nur durch andere Notfälle unterbrochen, hast keine Zeit, mal eine Situation zu verarbeiten.“ Im Lockdown

sind die Kneipen und Kinos dicht. Für Esther macht das keinen Unterschied. „Nach meiner Schicht bin ich eh so fertig, dass ich nichts mehr unternehmen kann.“

Nachtdienst: Esther kümmert sich allein um bis zu 18 Patientinnen und Patienten, bis nichts mehr geht. „Diese Arbeit macht krank, körperlich und psychisch“, sagt sie. Was sich ändern muss? „Wir brauchen mehr Personal. Überlastung ist

der Hauptgrund, warum so viele aufgeben. Allein auf meiner Station sind während Corona schon sechs Kollegen gegangen.“

Offizielle Zahlen bestätigen Esthers Erfahrungen. Beim Verhältnis Kranke pro Pflegekraft ist Deutschland Europa-Schlusslicht. 30 Prozent der Pflegerinnen und Pfleger denken über einen Jobwechsel nach. Allein von April bis Juli 2020 ging die Zahl der Pflege-Beschäftigten

in Deutschland um mehr als 9.000 zurück. Einer, der den Absprung gewagt hat, ist Philipp. 25 Jahre lang pflegte er Schwerstkranke auf Intensivstationen. Irgendwann ging es einfach nicht mehr. Wie er sich nun fühlt? „Total erleichtert“, sagt er. „Über die Jahre hinweg habe ich miterlebt, wie das Pflegepersonal weiter gekürzt wurde. Den Beruf, den ich mal gelernt habe, gibt es nicht mehr.“

Plattmachen trotz Pandemie

März 2020: Die Zahl der Covid-Infizierten explodiert. Jedes Krankenhausbett wird gebraucht. Die Erkenntnis hält in NRW nur kurz. Ende September knipst der katholische Contilia-Konzern im Essener Marienhospital (Foto) das Licht aus.

Dezember 2020: Kliniken ächzen unter der Last der zweiten Corona-Welle mit tausenden Covid-Fällen. Gleichzeitig macht Contilia auch noch sein Essener St.-Vincenz-Krankenhaus platt. Ärztinnen und Ärzte vor Ort warnen: 250.000 Menschen im Einzugsbereich droht massive Unterversorgung! Vergeblich. Demos, Protest von Gewerkschaften und 17.000 Unterschriften ebenso. Der Be-



reich verfüge „im bundesweiten Vergleich über eine herausragende Menge an exzellenten Krankenhäusern“, findet Contilia.

Im benachbarten Bochum schließt der Gesundheitskonzern Helios im September 2020 sein St.-Josefs-Hospital. Eine Überlastung der Behandlungskapazitäten sei ausgeblieben, das Haus werde zur Patien-

tenversorgung nicht mehr gebraucht, so die Klinikleitung.

Alles Einzelfälle? Keineswegs. Die Landesregierung unter CDU-Chef Armin Laschet verlangt ausdrücklich, Kliniken dicht zu machen: „Es ist wahr, dass wir in Ballungszentren teilweise eine Überversorgung haben“, sagt NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann. Er will – Pandemie hin oder her – weiter „Doppelstrukturen“ abbauen. Aktuell wird der Plan entgegen Warnungen von Fachleuten im Landtag durchgedrückt. „NRW will mitten in der Pandemie kleinere Kliniken schließen“, fasst der konservative Kölner Stadtanzeiger zusammen.

66.000 Unterschriften für gute Kliniken

Unser Gesundheitswesen braucht einen Systemwechsel. Bereits vor der Pandemie gehörten Personalmangel und Arbeitsverdichtung dort zum Alltag. Darunter leiden die Patientinnen und Patienten sowie Beschäftigte. Zehntausende Pflegekräfte fehlen. Warum? Weil mit der Daseinsvorsorge das große Geld verdient wird. Schluss damit!

Die Volksinitiative „Gesunde Krankenhäuser in Nordrhein-Westfalen – für ALLE!“ wurde von der Initiative Bündnisse für mehr Personal im Gesundheitswesen und der Gewerkschaft Ver.di ins Leben gerufen, um die Landesregierung zu zwingen, sich mit diesen Problemen zu befassen. Dazu müssen mindestens 66.000 Menschen die Volksinitiative mit ihrer Unterschrift unterstützen.

→ Weitere Informationen und Unterschriftenlisten gibt es unter gesunde-krankenhaeuser-nrw.de

Was will DIE LINKE?

→ Bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung in der Pflege • 40.000 zusätzliche Pflegekräfte für NRW: Personalschlüssel erhöhen, verbindliche Regeln für ausreichend Personal • Keine Schließung von Krankenhäusern, Rückführung privater Kliniken in öffentliche Hand • Für eine bedarfsgerechte Krankenhausfinanzierung: mindestens 1,3 Milliarden Euro Landesmittel jährlich • Sofortige Freigabe der Patente für Corona-Impfstoffe • Gesundheitssystem öffentlich organisieren und am Gemeinwohl ausrichten statt an Profiten für Private.

Alleine gelassen

Julius van der Burg ist zu Hause, Online-Unterricht über Microsoft Teams. Das klappt – mehr oder weniger. Es gibt keine Stunde, in der nicht irgendwer wegen Internet-Problemen rausfliegt. Hohe Corona-Zahlen – seine Schule ist dicht. „Keine Ahnung, was nächste Woche ist“, sagt der Zehntklässler. „Ob oder wie Prüfungen stattfinden... niemand weiß es.“

Martina Seifert sitzt ebenfalls daheim. Sie ist Schulleiterin einer Gesamtschule in Duisburg. „Es gibt kein Konzept der Landesregierung, informiert werden wir vor allem durch die Presse“, stellt sie fest. „Ein riesiger Wildwuchs, alle Schulen müssen selbst gucken, wo sie bleiben.“ Praktisch niemand ihrer Schülerinnen und Schüler habe einen Computer, berichtet sie. Mit Tablets konnte die Schule gerade mal die versorgen, die sonst völlig abgeschnit-

Foto: Manfred Jahreis / pixelio.de



„Warum nicht Hallen öffnen, um Lernorte zu schaffen?“

ten wären. Für die meisten heißt das: Schule auf dem winzigen Smartphone – eine Zumutung. „Ohne das riesige Engagement unserer Lehrerinnen und Lehrer hätten wir die Hälfte der Kinder verloren“, ist sie sicher. Noch in den Osterferien wurden alle einzeln angerufen. „Wir kämpfen um diese Kinder, wir lassen uns die soziale Spaltung nicht gefallen.“

Es gehe ja nicht nur um digitale Ausstattung, sagt Julius. Sondern zum Beispiel auch ums Lernumfeld: Wer in einer engen Wohnung das Zimmer mit Geschwistern teilen müsse, habe es besonders schwer. „Warum nicht leer stehende Theater, Stadthallen, Büchereien öffnen, um ruhige Lernorte mit viel Abstand zu schaffen?“, fragt Julius. Auch um gegen soziale Ungerechtigkeit zu kämpfen, hat sich Julius in die Landesschüler*in-



„Wir lassen uns die soziale Spaltung nicht gefallen.“

nvertretung NRW wählen lassen. Täglich erreichen ihn Berichte. „Es gibt viel mehr belastenden Streit mit den Eltern. Wer keinen Rückzugsort hat und auch nicht mal rauskommt, leidet sehr.“ Ob sich Julius wünscht, dass die Schule wieder öffnet? Er zögert. „Natürlich wäre das wichtig. Aber ich habe nicht das Gefühl, sicher hingehen zu können. Meine Schwester und ich pflegen unsere Oma mit. Ich habe Angst, dass ich sie anstecke.“

„So zu tun, als ob wir durch Schnelltests geschützt seien, ist ein Märchen“, meint auch Martina Seifert. Von der Landesregierung erwartet die Schulleiterin nichts mehr. „Das Gerede, dass denen Bildung so wichtig wäre, ist doch Mumpitz. Wir sollen die Schulen offenhalten, damit die Erwachsenen arbeiten können und die Wirtschaft weiterläuft. Diese Heuchelei ärgert mich sehr.“

DU HAST DAS WORT



Leben, lernen, Prüfungen schreiben – und das alles auf neun Quadratmetern im WG-Zimmer, so geht studieren während Corona. „Die Arbeitsverhältnisse für viele Studierende sind katastrophal“, sagt Joshua Gottschalk. Er studiert an der Uni Wuppertal, ist dort AStA-Vorsitzender.

„Durch mein Amt bekomme ich etwas Geld und meine Eltern unterstützen mich“, erzählt der 23-Jährige. Viele seiner Studienkolleginnen und Kollegen haben nicht so viel Glück: Wer in der Gastronomie gearbeitet hat, verlor den (Mini-) Job. Wenn nicht schon im ersten, dann spätestens im zweiten Lockdown.

Bildungsungerechtigkeit made in Germany

Die Überbrückungshilfe des Bundes darf nur in Anspruch nehmen, wer beweisen kann, nicht schon vor Corona in Not gewesen zu sein. Die ärmsten Studierenden bekommen also nichts. „Auch wer zum Beispiel Geld für ein Auslandssemester gespart hat, muss das erst aufbrauchen“, erklärt Joshua.

Nicht nur finanziell ist die Pandemie ein Problem für Studierende. Erst mit einer Petition konnten einige Dozentinnen und Dozenten der Uni Wuppertal überzeugt werden, die Prüfungen online abzunehmen. Dennoch fand fast jede zweite in Präsenz statt.

E-Learning

(Digitale) Sünden der Vergangenheit

„Es war das stressigste Jahr meiner Laufbahn“, sagt Andreas L. auf die Frage, wie es denn so läuft mit der Digitalisierung der Schulen in Zeiten von Corona. Er ist Systemadministrator für einen öffentlichen IT-Dienstleister. Gemeinsam mit einem Kollegen betreut er rund 450 Schulen in NRW, ist

unter anderem für die Lernplattform Logineo zuständig. Die war wenige Monate vor der ersten Corona-Schulschließung nach fünf Jahren Planung und Tests an den Start gegangen. „Es gab den Bedarf, mit Schülerinnen und Schülern per E-Mail zu kommunizieren und ihnen digitale Lernkonzepte zugänglich zu machen. Auch dienstliche Mails sollten eingeführt werden. Wir dachten, dafür sind wir gut aufgestellt“, erzählt der 45-Jährige. Dann kam der 18. März 2020: Erste Pandemiewelle, alle Schulen sind dicht. Lernen auf Distanz, sprich am Tablet, Rechner oder Smart-

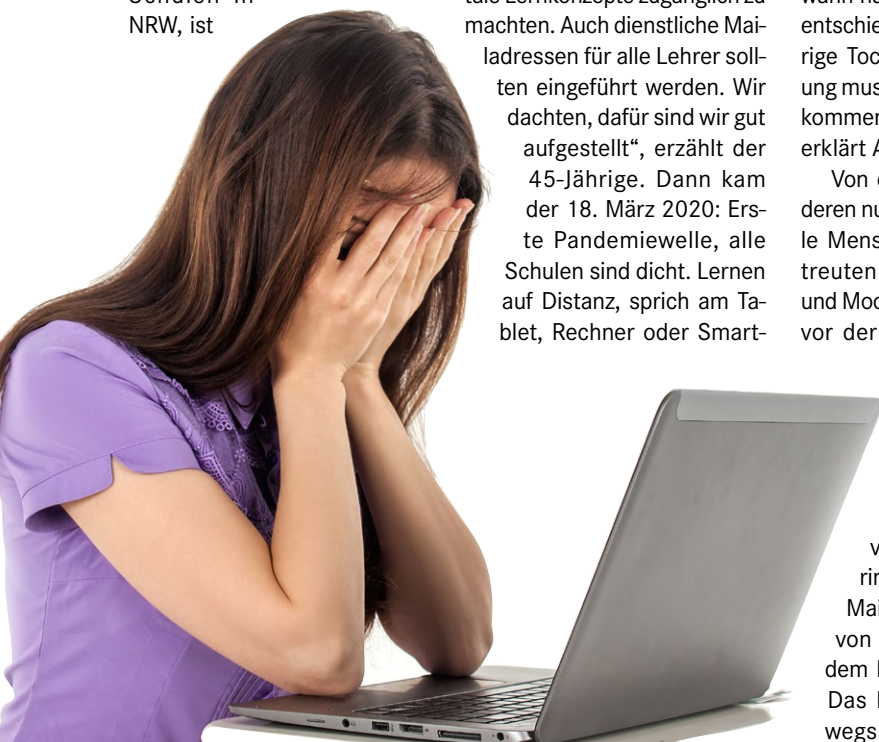
phone, ist angesagt. „Für die Pandemie haben unsere Kapazitäten überhaupt nicht gereicht. Uns ist alles um die Ohren geflogen“, erinnert sich Andreas. 18- bis 20-Stunden-Arbeitstage standen plötzlich an, wobei der Systemadministrator selbst im Homeoffice arbeitete. Irgendwann hätten seine Frau und er entschieden, dass ihre zehnjährige Tochter in die Notbetreuung muss. „Mit dem Arbeitsaufkommen ging es nicht anders“, erklärt Andreas.

Von einem Tag auf den anderen nutzten siebenmal so viele Menschen die von ihm betreuten Plattformen Logineo und Moodle. Am Sonntagabend vor der zweiten Schulschließung im Dezember waren um 23 Uhr 28.000 User eingeloggt. So viele waren es vor dem Lockdown über zwei Tage verteilt. Die Zahl Nutzerinnen und Nutzer der E-Mail-Funktion explodierte von 3000 pro Stunde vor dem Lockdown auf 10.000. Das Problem liege keineswegs primär bei den Lehr-

kräften, sagt Andreas. „Im ersten Lockdown waren sie noch recht unorganisiert. Mittlerweile sind viele mit Endgeräten ausgestattet und haben Konzepte für das Lernen auf Distanz erarbeitet.“ Das laufe besser, aber: An einer Gesamtschule seien etwa zwei Lehrkräfte mit je einer Wochenstunde ausgestattet, um sich um die digitale Infrastruktur der Schule zu kümmern. „Die hat aber Ansprüche wie ein mittelständiges Unternehmen. Das Problem ist nicht der Mensch, sondern das veraltete System Schule“, sagt Andreas. Corona bringt die (digitalen) Sünden der Vergangenheit ans Licht.

Was will DIE LINKE?

Öffnung der Schulen in kleinen festen Lerngruppen, wenn die Infektionsentwicklung es erlaubt • CO₂-Messgeräte, Raumlufilter und tägliche Corona-Tests in Kitas und Schulen • Notbetreuung und digitales Lernen sichern • Jedem Kind müssen ein Computer, Drucker und Internetanschluss zur Verfügung stehen • Recht auf Freistellung für Eltern, die Kinder betreuen müssen • Corona-Kinderkrankengeld unbefristet zahlen • Bessere Ausstattung und individuelle Begleitung, um Bildungsangebote auch bei geschlossenen Schulen sichern • Bildung und Lernfreude statt Stress und Notendruck.



Was ist härter: Stahl oder Virus?



Mirze Edis ist Betriebsrat bei den Hüttenwerken Krupp Mannesmann (HKM) und Konzernbetriebsrat bei ThyssenKrupp. 3.200 Beschäftigte machen dort Flach- und Rundstahl.

Im April 2020 bekamen auch die Stahlkocher die Macht des Corona-Virus zu spüren: Absatzkrise, Monate der Kurzarbeit. Leiharbeitskräfte und befristet Beschäftigte wur-

den „abgemeldet“, ein Hochofen ganz heruntergefahren. „Auch wenn die Stahlbranche aufgrund der guten Auftragslage in der Autoindustrie jetzt wieder boomt: Die Belegschaft hat weiter Angst um die Zukunft“, sagt Mirze. Denn statt in neue Technologien zu investieren, hat der Konzern viel Geld in verlustträchtigen Werken in Brasilien und den USA versenkt.

Gleichzeitig bekamen Aktionärinnen und Aktionäre millionenschwere Dividenden. Und die Vorstände, die das Unternehmen so mit Volldampf in die Krise manövriert hatten, wurden mit dicken Abfindungen belohnt.

Die Stahlindustrie müsse öffentliches Eigentum werden, findet Mirze. Das sei die einzige Lösung, um die Arbeitsplätze zu retten: „Die Beteiligung von Land und Bund kann Werkschließungen verhindern. Die Finanzierung der Arbeitslosigkeit ist am Ende teurer als die Beteiligung an dem Unternehmen.“

Besser mit Betriebsräten

Peter Lange ist Betriebsrat in einem Autozulieferer in Remscheid. Der Betrieb hat an zwei Standorten mehr als 300 Mitarbeiter. Seit 2019 ist die Verunsicherung unter den Mitarbeitern wegen des Übergangs zur E-Mobilität auch hier zu spüren. Die beiden Standorte sind reine Entwicklungs- und Administrationsstandorte und deshalb nicht so stark von den derzeitigen Turbulenzen in der Autoindustrie betroffen. Trotzdem hat sich die Arbeit im Betrieb verändert. Arbeitsvorgänge wurden digitalisiert, die Arbeit hat sich internationalisiert. Ein Prozess, der sich mit Pandemiebeginn verstärkte.

Von dem dreimonatigen Auftragseinbruch im letzten Frühjahr erholte sich der Betrieb schnell. Danach hatte der Infektionsschutz am Arbeitsplatz oberste Priorität. Ein paritätisch besetztes Pandemieteam wurde gebildet, 70 Prozent der Mitarbeiter ins Homeoffice ge-



schiebt. Auch die Betriebsratssitzungen und selbst die Betriebsversammlungen finden inzwischen digital statt. Das Beispiel zeigt: Mit Betriebsräten hat der Arbeits- und Gesundheitsschutz im Unternehmen Priorität.

**DU HAST
DAS WORT**

Lehre mit Corona-Loch



Wer wie Clemens Jost gerade eine Ausbildung macht, hat es nicht leicht. Er lernt im dritten Jahr Anlagenmechaniker für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik. Die Ausbildung im Betrieb läuft ganz normal weiter – eben wie fast die ganze gewerbliche Arbeitswelt. Aber die Berufsschulen waren über Monate dicht.

„Homeschooling heißt da vor allem Selbststudium“, erzählt der 22-Jährige. Auch die überbetrieblichen Lehrgänge fallen flach oder schrumpfen zu Kurz-Unterweisungen. Die Prüfungsanforderungen bleiben hingegen unverändert. „Entweder man kann im Betrieb eigeninitiativ üben, oder man geht unvorbereitet in die Prüfung“, meint Jost achselzuckend. Dabei hatte der Berufsschulunterricht schon vor der Pandemie Lücken. „Anlagenmechaniker ist ein komplexer Beruf. Aber wir sitzen in baufälligen Gebäuden, in Klassen mit 30 Leuten zwischen 16 und 40 Jahren, alle mit unterschiedlichen Voraussetzungen. Zeit für individuelle Fragen blieb kaum. So kommt man mit dem Lernstoff nur langsam voran“, sagt Jost. Der monatelange Unterrichtsausfall riss weitere Löcher. Wer die Prüfung bestehen will, muss sich den Stoff in seiner Freizeit erarbeiten. „Das tue ich, aber gut vorbereitet fühle ich mich nicht“, sagt Jost.



**Wie sich unsere Arbeit
durch Corona verändert**

Immer s

Die Arbeitswelt ist im Umbruch – und die Pandemie beschleunigt diese Entwicklungen in Produktion, Handel und Dienstleistungen massiv. In NRW kriselt ThyssenKrupp. Der Konzern baut Arbeitsplätze ab, obwohl die Kapazitäten für Wasserstofftechnik verfünffacht werden. Continental investiert in Chip-Produktion fürs autonome Fahren, streicht aber bundesweit 13.000 Stellen. Mit der Umstellung auf das Elektroauto sollen bei Ford ein Drittel der Arbeitsplätze wegfallen.

Aus der Geschichte wissen wir: Branchenkrisen sind nichts Ungewöhnliches. Stahl- und Kohlekrise haben in der Vergangenheit zu sozialen Konflikten geführt, die Industrielandschaft nachhaltig verändert. Nun befeuern Digitalisierung, Globalisierung

und Energiewende den Wandel. Das Berufsbild des KFZ-Mechatronikers verändert sich ebenso wie das der Paketzustellerin, die Arbeit im Krankenhaus genauso wie die in der Schule.

Eines bleibt jedoch gleich: Im Mittelpunkt der wirtschaftlichen Produktion steht nicht, was unsere Gesellschaft braucht. Stattdessen wird hergestellt, was den

Im Mittelpunkt steht nicht, was die Gesellschaft braucht...

größten Profit verspricht. Im Konkurrenzkampf produzieren die Konzerne wild in den Markt hinein

– so viel und so billig wie möglich. Die Folgen sind Überproduktion, Rationalisierung, Lohnrückerei, Automatisierung und Produktionsverlagerung. Weil für den Brückenbau in NRW billiger Stahl aus China importiert wird, statt auf Stahl von vor der Haustür zu setzen, sind hier Arbeitsplätze in Gefahr. Ökologisch und

Was will DIE LINKE?

→ Erhöhung des Kurzarbeitergeldes auf 90 Prozent und mindestens 1.200 Euro • Tägliche kostenlose Corona-Tests für alle Beschäftigten • Corona als Berufskrankheit anerkennen • Pflicht der Arbeitgeber, Homeoffice zu ermöglichen • Arbeitsschutz auf Homeoffice ausweiten • Betriebsräte stärken: Durchsetzung des Infektionsschutzes, Mitbestimmung bei Homeoffice und digitalem Arbeiten • Bedrohte Industriearbeitsplätze z.B. bei ThyssenKrupp durch Überführung in eine Industriestiftung retten, die industrielle Produktion sozial und ökologisch sinnvoll gestaltet • Schutzschirm für Arbeitsplätze: Staatliche Unterstützung nur, wenn Massenentlassungen ausgeschlossen werden • Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und mehr Qualifizierungsangebote



chneller

sozial ergibt das keinen Sinn, ist aber trotzdem so. Corona setzt Unternehmen durch Produktionsausfälle unter Druck. Den halben März 2021 stand das Kölner Ford-Werk wegen pandemiebedingter Lieferengpässe still. Thyssenkrupp rechtfertigt drohenden zusätzlichen Arbeitsplatzabbau mit Krisen-Ausfällen. Die Schließung des Grobblech-Werks in Duisburg hat der Konzern während der Pandemie beschlossen.

Die Pandemie beschleunigt durch die unvermeidlichen Laden-Schließungen auch die Verschiebungen hin zum Online-Handel. Amazon & Co. gehören zu den Krisengewinnlern. Jetzt macht sich ihre Tariffucht als Geschäftsmodell richtig bezahlt.

Gleichzeitig wittern Unternehmen neue Möglichkeiten der Ausgabenvermeidung: Angestellte im

Homeoffice verursachen weniger Kosten für Büros, Strom und Heizung, denn sie nutzen die eigene Wohnung. Viele, deren Arbeitsplatz sich nicht nach Hause verlegen lässt, haben Angst nicht mehr mitzukommen und den Job zu verlieren. Dann droht schnell Armut durch Hartz IV. Die Gewerkschaften wollen zu Recht die Arbeitszeit verkürzen und fordern mehr Angebote zur Weiterbildung. Sie kämpfen dafür, dass Tarifverträge in weniger gut bezahlten Berufen per

Gesetz für allgemeinverbindlich erklärt werden. DIE LINKE setzt sich insgesamt dafür ein, dass der gesellschaftliche Wandel demokratisch koordiniert und sozial gestaltet wird. Die Entscheidungen dürfen nicht dem Markt überlassen werden. Dafür brauchen wir eine gezielte Industrie- und Strukturpolitik.

...sondern was den größten Profit abwirft.

Infektionsgefahr: Wen trifft es?

Welche Jobs bringen das höchste Corona-Infektionsrisiko? Besonders gefährdet sind Pflegekräfte und Kita-Beschäftigte. Das zeigen Zahlen der Techniker Krankenkasse. Die wertete knapp 28.000 Corona-Diagnosen ihrer erwerbstätigen Mitglieder aus. Durchschnittlich 500 von 100.000 Erwerbstätigen hatten Corona. Bei Altenpflegekräften waren es mit gut 1.200 mehr als doppelt so viele. Die Arbeit in Kitas ist kaum weniger infektionsanfällig. Hier traf es über 1.100 je 100.000 Beschäftigte. Sie liegen damit noch vor den Krankenpflegekräften. Bei der AOK waren Kita-Kräfte sogar die Gruppe mit den meisten Infektionen. Insgesamt traf es also vor allem Jobs mit hohem Frauenanteil.

Amazon: Der Krisengewinnler

Für Deutschlands größten Versandhändler eröffnet die Pandemie ganz neue Möglichkeiten: „Plötzlich hatten wir bei Amazon Befristete aus ganzen neuen Berufsgruppen: Gastronomie oder der Eventbranche“, erinnert sich Thorsten Abel. Seit zehn Jahren packt er im Rheinberger Werk Pakete. „In den alten Jobs der neuen Kollegen ging wegen Lockdown nichts. Da haben sie hier angeheuert“, erzählt Abel. Das habe auch Folgen für die Stammbeslegschaft gehabt: „Befristete rennen und rennen, weil sie auf Verlängerung hoffen.“ Das „Amazon-Prinzip“ nennt Abel das. Das gehe leichter, je größer der verfügbare Personalpool sei, berichtet Abel und sagt: „Einige Unbefristete lassen sich davon auch Druck machen.“ Amazon ist einer der größten Krisengewinnler. Davon sehen die Beschäftigten wenig: „Die Umsätze haben 2020 richtig geknallt, die Lohnerhöhung war mit 1,8 Prozent die niedrigste seit



Jahren“, analysiert Abel. Deshalb gehen die Streiks für einen Tarifvertrag – Pandemie hin oder her – auch weiter.

Immerhin: Große Corona-Ausbrüche gab es in Rheinberg nicht: „Andere Standorte hatten richtige Infektions-Cluster. Hier weiß ich wegen frühzeitiger Schutzmaßnahmen nur von einzelnen Fällen“, berichtet Abel.

Die Angst ist allgegenwärtig



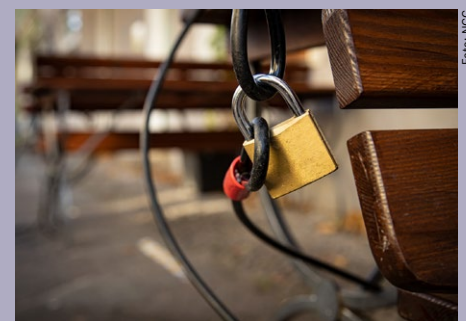
„Bleib negativ bei positiver Einstellung“, ruft Caroline Jeschonek ihren Mitmenschen gern zu. Die Reinigungskraft steht kurz vor der Rente. Und sie könnte einiges darüber erzählen,

wie sich ihre Arbeit in den letzten Jahren verändert hat. Als Betriebsratsvorsitzende bei einem kirchlichen Träger kann sie ein Lied über Outsourcing und Werkverträge singen. Jetzt in der Pandemie haben sich die Arbeitsbedingungen noch einmal verändert. Plötzlich wurde das gründliche Reinigen in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen oder Kindertagesstätten notwendiger denn je. Aber es wurde auch lebensgefährlich. „Die Angst vor einer Infektion ist allgegenwärtig“, sagt Caroline. Der Betriebsrat machte sich für ausreichenden Arbeitsschutz stark. Inzwischen sind fast alle Kolleginnen geimpft. Doch das gelte lediglich für ihren Bereich: „Das ist in anderen Unternehmen nicht so“, sagt sie und betont: „Sauberkeit rettet Leben. Obwohl die Notwendigkeit professioneller Reinigung in der Pandemie gestiegen ist, ist der Infektionsschutz für Reinigungskräfte keine Selbstverständlichkeit.“

Auf Dauer wird es knapp

„Nach so langer Zeit wird das Geld schon echt knapp“, sagt Jenny Heintges leicht resigniert. Die 26-jährige Mönchengladbacherin arbeitet in einem kleinen Hotel in der Stadt am Niederrhein, im Restaurant und an der Bar. Oder genauer: Sie arbeitete dort. Bis März 2020. Seitdem ist sie vor allem zu Hause. In Kurzarbeit. Heute mit null Arbeitsstunden. Mit 80 Prozent ihres Grundlohns.

„Ich komme so auf 1195 Euro, etwas weniger als die 1200, die meine Gewerkschaft NGG als Mindestkurzarbeitergeld fordert“, erzählt sie. Vor einigen Wochen war sie für diese Forderung mit vielen Kolleginnen und Kollegen bei einer Demo vor dem Düsseldorfer Landtag auf der Straße. „Mir fehlen die Zuschläge und Trinkgelder. Das merkt man erheblich im Portemonnaie“, sagt sie. In der Branche ist sie seit 2012, in der gehobenen Gastronomie seit 2016. Aber es ist nicht nur das Geld: „Mir



fehlt auch der Kontakt zu den Gästen und meinem Team. Man ist isoliert.“ Eine richtige Perspektive sieht sie aktuell kaum. „Gastronomie unter Normalbedingungen? Kann ich mir dieses Jahr nicht vorstellen“, meint sie und gibt zu: „Ich hab’ darüber nachgedacht, die Branche zu wechseln. Aber erstmal hoffe ich, dass wir mit zunehmenden Impfungen wieder schrittweise öffnen können. Ich mag meinen Job ja.“

DU HAST DAS WORT

Foto: NGG

Corona-Hilfe zu niedrig

Der von der Bundesregierung beschlossene Corona-Zuschuss von einmalig 150 Euro für Menschen in Grundsicherung ist viel zu gering. Das hat das Sozialgericht Karlsruhe festgestellt. Die Zuwendung sollen im Mai 2021 Erwachsene erhalten, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld beziehen.

Der Betrag sei verfassungswidrig niedrig, meint das Gericht. Das Existenzminimum von Arbeitsuchenden dürfe nicht erst Monate zu spät gedeckt werden. Die Regierung habe die Höhe der Zahlung festgelegt, ohne die Anforderungen zur Bestimmung existenzsichernder Leistungen zu erfüllen. Der Regelsatz müsse für jeden Pandemien Monat etwa 100 Euro höher sein, so das Gericht. Solch einen monatlichen Zuschlag fordert DIE LINKE schon seit Beginn der Pandemie.

Die Regierung hofft, dass höhere Instanzen die Minizahlung noch als legal durchwinken. „Das ist ein armutspolitisches Trauerspiel“, kritisiert Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbandes. Er fordert Regelsätze von mindestens 600 Euro und eine Pandemie-Soforthilfe von 100 Euro pro Kopf und Monat.

DU HAST DAS WORT

„Ich bin 63 Jahre, schwerbehindert und vorerkrankt – muss aber trotzdem noch bis zu meinem 66. Lebensjahr arbeiten, denn nur das rettet mich vor der Grundsicherung. Ich kann nur arbeiten, wenn ich Therapien mache: Wassergymnastik, Muskelaufbau, Massage. Dann kam der Lockdown. Nach kürzester Zeit hatte ich unsagbare Schmerzen, Bandscheibenvorfall. Meine Therapien habe ich nicht mehr bekommen, aber mich im Zug und in der Straßenbahn wie eine Ölsardine zur Arbeit quetschen, das geht. Ich verstehe die Politik, die Welt und alles nicht mehr. Ich fühle mich im Stich gelassen.“ – Carolin H.



Christoph Butterwegge

■ Wie die Pandemie soziale Ungleichheit verschärft

Corona als Spaltpilz

Die soziale Ungleichheit trat in der Covid-19-Pandemie deutlicher hervor, hat sich durch die Krise aber auch weiter verschärft. Entgegen den Behauptungen, Deutschland sei eine „klassenlose“ Gesellschaft mit gesichertem Wohlstand aller Bürger, kam ein großer Teil der Bevölkerung im Lockdown nicht einmal zwei, drei Monate lang ohne seine Regeleinkünfte aus.

Als wegen Geschäftsaufgaben, Entlassungen und Kurzarbeit ihre Einkommensquellen ganz oder zum Teil versiegt, gerieten Millionen Menschen in finanzielle Schwierigkeiten,

weil sie keine Rücklagen hatten. Ein Grund dafür war die starke Konzentration der Vermögen. So wird das Privatvermögen von Dieter Schwarz, Eigentümer von Lidl und Kaufland, wo in der Corona-Krise mehr Familien einkauften, um Geld zu sparen, mit 41,8 Milliarden Euro veranschlagt.

Dass die Reichen auf Kosten der Armen reicher und Letztere während der Pandemie zahlreicher geworden sind, liegt nicht an dem neuartigen Coronavirus, sondern an den bestehenden Wirtschaftsstrukturen,

Verteilungsmechanismen und Machtverhältnissen. Unsozial ist also nicht SARS-CoV-2 oder

„Einkommensschwache sind die Hauptleidtragenden der Pandemie.“

Covid-19, vielmehr eine reiche Gesellschaft, die ihre armen Mitglieder zu wenig vor einer Infektion und den ökonomischen Verwerfungen der Pandemie schützt.

Einkommens- und Immunschwache sind die Hauptleidtragenden der Pandemie. Sozial bedingte Vorerkrankungen wie Asthma oder Diabetes, katastrophale Arbeitsbedingungen wie in der Fleischindustrie und hygienisch bedenkliche Wohn-

verhältnisse wie in Mietskasernen und den Gemeinschaftsunterkünften von Geflüchteten, Werkvertragsarbeitern der Großschlachtereien oder Saisonarbeitern in der Landwirtschaft erhöhten das Risiko für eine Infektion sowie für einen schweren Krankheitsverlauf.

Die staatlichen Finanzhilfen und Rettungspakete weisen insofern eine verteilungspolitische Schieflage auf, als sie hauptsächlich der Wirtschaft, großen Unternehmen und ihren sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigten zugute kommen, während Transferleistungsbezieher, Kleinstrentnerinnen und Minijobberinnen weitgehend leer ausgingen. Erst im Mai 2021 erhalten die Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherungsleistungen 150 Euro als einmalige Sonderzahlung, obwohl bereits im März 2020 die meisten Tafeln schlossen, Hamsterkäufer die Regale mit preiswerten Grundnahrungsmitteln leer kauften und Frischeprodukte teurer wurden, von den Kosten für Desinfektionsmittel und Atemschutzmasken ganz zu schweigen.

Prof. Dr. Christoph Butterwegge hat bis 2016 Politikwissenschaft an der Universität zu Köln gelehrt und zuletzt das Buch „Ungleichheit in der Klassengesellschaft“ veröffentlicht.

Wohnungslose

Wenn ‚zu Hause bleiben‘ nicht geht

„Bleiben Sie zu Hause!“, heißt es in der Corona-Pandemie. Doch was, wenn es gar kein Zuhause gibt? Menschen, die in der sozialen Arbeit beschäftigt sind, erleben seit einem Jahr, was Pandemie in diesem Zusammenhang bedeutet: Wer kein Dach über dem Kopf hat, kann auch nicht zuhause bleiben.

„Wer von Wohnungslosigkeit bedroht ist und nicht viel Geld hat“, berichtet Gundula Löhr vom Verein für Betreuungen, „hat es unter Corona noch schwerer als zuvor, eine neue bezahlbare Wohnung zu finden.“

„Unsere Klientinnen und Klienten haben oft mit schwierigen Lebensumständen zu kämpfen“, erzählt die Diplom-Sozialpädagogin, die als rechtliche Betreuerin tätig ist, weiter.

Die Wohnungssuche sei für sie nicht einfach, nun suchten sie noch länger nach einer Wohnung. Denn auf dem Markt sei ein Verdrängungswettbewerb im Gange. Der Druck von oben auf den Wohnungsmarkt im



Ein Zeichen der Solidarität in der Krise: Mit Gabenzäunen wird im Lockdown vielerorts unkompliziert geholfen.

unteren Preissegment wächst. Und damit auch der Druck auf das Betreuungssystem. Offizielle Stellen wie die Jobcenter schotten sich ab, haben nur noch in Notfällen für den Publikumsverkehr geöffnet. Für soziale Einrichtungen wie den „Verein für Betreuungen in Bielefeld“ hingegen steigt das Beratungsaufkommen.

Das gilt auch für andere Einrichtungen der Sozialen Arbeit. „Wir sind in allen Lebensbereichen total wichtig, weil der Staat den Menschen nicht das zur Verfügung stellt, was sie

brauchen“, sagt Gundula Löhr. Sie ist aktiv in der Kampagne #dauerhaftsystemrelevant, die mehr Anerkennung für die Soziale Arbeit fordert – und besse-

re Arbeitsbedingungen. Derzeit fänden Beratungstreffen aufgrund der beengten räumlichen Situation in ihrer Einrichtung nämlich auch schon einmal auf der Parkbank statt. Und damit die für niemanden zum Zuhause wird, muss gebaut werden.

„Menschen sind im Winter auf der Straße erfroren, während unzählige Hotelzimmer leer standen. Eine Unterbringung von wohnungslosen Menschen in Hotelzimmern ist aber nur eine kurzfristige Lösung. Langfristig muss mehr bezahlbarer Wohnraum her“, fordert Gundula Löhr.

www.dauerhaft-systemrelevant.de

Was will DIE LINKE?

→ Sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.200 Euro monatlich statt Hartz IV • Mindestens 100 Euro Pandemiezuschlag pro Monat auf Sozialleistungen & Sozialrenten • Energiesperren verhindern und bezahlbaren Wohnraum schaffen • Ausbeutung durch 1-Euro-Jobs, Missbrauch von Werkverträgen, Lohndumping durch Leiharbeit beenden • Befristung von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund abschaffen • Mindestlohn auf mindestens 13 Euro erhöhen

Das große Nichtstun

Seit 1987 gibt es im Bonner Pantheon Kleinkunst. Martina Steimer ist die künstlerische Leiterin. Der 62-Jährigen geht die Theater-Zwangspause an die Seele. Im Interview spricht sie über Lockdown, Lüftungsanlagen und Langeweile.

In normalen Jahren wird das Pantheon fast täglich bespielt. Im Lockdown überträgt nur der WDR ab und zu Kabarett von hier. Wie fühlt sich dieses Nichts-Tun an?

Martina Steimer: Ich bin seit 40 Jahren in der Kulturbranche tätig. Ich war in dieser Zeit immer in Bewegung. Managen zu können, gestalten können, das ist für mich das Größte. Ich habe im Pantheon ein tolles Team um mich herum. Und das alles fehlt mir. Diese monatelange Theater-Zwangspause geht mir jeden Tag mehr an die Seele.

Was macht der Lockdown mit der Kultur an sich?

Alle haben das Gefühl, Corona endet nie und wird immer



„Die Gesellschaft verroht, seit ihr große Teile der Kultur genommen wurden.“

schlimmer. Das wird von der Bundesregierung fatalerweise so propagiert, statt wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die den Menschen auch Hoffnung geben.

Es besteht die Gefahr, dass sich das Publikum von Live-Kulturveranstaltungen abwendet. Das wird Folgen haben: Ich erlebe bereits jetzt, wie die Gesellschaft verroht, seit ihr große Teile der Kultur genom-

men wurden. Ich glaube, es wird schwer, die Menschen zurückzuholen.

Wie sieht es bei den Kreativen aus?

Das Pantheon ist ein großer, renommierter Kulturbetrieb und wir arbeiten viel mit Künstlerinnen und Künstlern, die auch viel im Fernsehen und Radio präsent sind. Die haben natürlich weniger Probleme. Für viele andere gilt: Viele Kabarettistinnen und Kabarettisten, wenig Auftrittsmöglichkeiten.

Der Markt wird das regeln – zu deren Ungunsten.

Wie stehst du Kulturstätten-Öffnung bei negativem Test?

Ich finde es schwierig, ein Theater zu einer Kontrollstelle zu machen. Das zerstört die Atmosphäre des Besuchs einer Kulturveranstaltung. Am Ende wird uns aber eventuell nichts anderes übrig bleiben.

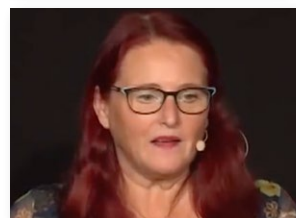
Wie malst du dir die Zukunft für die Kultur aus?

Ich habe einerseits Angst, dass viel kreatives Potential verloren geht. Kultur macht man ja auch aus einem Überfluss an Gefühlen, Spaß und Liebe heraus, und diese Gefühle haben im letzten Jahr sehr gelitten. Dazu kommt: Es gab eine große und oft auch sehr junge Kabarett- und Comedy-Szene, und viele sind nun mitten in ihrer künstlerischen Entwicklung stecken geblieben. Dabei empfinde ich die Kulturszene in dieser Situation generell als unglaublich ruhig. Früher war Kultur offensiv Regierungskritisch. Das sehe ich nicht mehr, wünsche es mir aber zurück, so quasi als fünfte Gewalt.

DU HAST DAS WORT



„Wir Freiberuflerinnen und Freiberufler schlagen uns durch. Aber irgendwann ist Schluss, und wir können unsere Miete nicht mehr bezahlen. Wichtig bei Hilfen wären Verlässlichkeit und Regelmäßigkeit, die gibt es aber nicht. Stattdessen gibt's für uns Zukunftsangst. Ich glaube nicht, dass die nicht wissen, wie es uns geht. Ich glaube nur, dass die das nicht interessiert.“ – Milli Häuser, Jazzmusikerin und Tanzpädagogin



„Man hat die ganze freie Kulturszene im Stich gelassen. Dieses Beharren darauf, dass Solo-Selbstständige Hilfen nur zur Deckung der Betriebskosten bekommen und nicht auch für ihre Lebenshaltungskosten, das ist einfach unterirdisch. Am gerechtesten wäre eine dem Kurzarbeitergeld ähnliche Lösung. Andere Länder haben das ja so gemacht. Die Finanzämter wissen doch, was wir verdient haben. Stattdessen lässt man hier alles kleine kaputtgehen, und stützt vor allem die Großen.“ – Anny Hartmann, Kabarettistin

Veranstaltungsbranche

Vor der Kernschmelze

Der Dauer-Lockdown der Veranstaltungs-Branche trifft drei Millionen Erwerbstätige. Sie arbeiten als Solo-Selbstständige und in mehr als 350.000 Klein- und Mittelbetrieben. Im Aktionsbündnis „Alarmstufe Rot“ kämpfen sie für ihre Zukunft. Ein flammendes Mahnmal: In der „Night of Light“ strahlen die Aktiven 9.000 Gebäude rot an. Sie organisieren Proteste, stellen Verantwortliche zur Rede – mit Abstand, Masken und Verstand.

„Sicherheit zu gewährleisten und Auflagen zu erfüllen ist das Grundgerüst unserer Arbeit“, sagt Sandra Beckmann. Sie ist seit 25 Jahren Veranstaltungstechnikerin und fragt sich: Warum darf sie nicht arbeiten, während in Fabriken alles weitergeht? Soziale Absicherung? Fehlbezahlung. „Die Voraussetzungen für Hilfen sind kaum zu erfüllen. Ganze Familien fallen durchs Raster.“ Vielen in Kurzarbeit droht nun auch die Kündigung. Azubis können prak-



Foto: Wolfgang Schaper / Alarmstufe rot

Was will DIE LINKE?

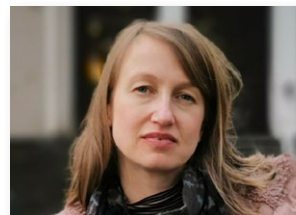
Rettungsschirm für Kulturschaffende und die Veranstaltungsbranche • Absicherung der Lockdown-Betroffenen mit mindestens 1.200 Euro monatlich • Möglichkeiten zur Durchführung von Veranstaltungen unter Einhaltung von guten Hygienekonzepten, sobald die Infektionslage das zulässt • Bereitstellung von kostenfreien Ateliers, Proberäumen und infektionssicheren Auftrittsorten, zum Beispiel größeren Hallen auch für kleinere Veranstaltungen • Kürzung von Kulturretats verhindern • Zuverlässige Auszahlung der Überbrückungshilfen • Erhöhung der Zuschüsse für kleine und mittlere Selbstständige durch die Landesregierung, um die Lebenshaltungskosten zu begleichen • Änderung der NRW-Gemeindeordnung: Kultur zur kommunalen Pflichtaufgabe machen

tisch nicht mehr ausgebildet, geschweige denn übernommen werden.

Lockdown-Light, Brückenlockdown – über die Wortschöpfungen lacht Sandra nur. „Novemberhilfe“ kam vielleicht im April an, „Neustarthilfe“ ist ohne Perspektive auf Neustart.

„Alarmstufe Rot“ verhandelte mit Finanzminister Olaf Scholz. Heraus kam das Konzept eines Ausfallfonds. Nur:

Dabei werden 88 Prozent der Veranstaltungen nicht abgesichert. Und selbst dieses Konzept liegt in der Schublade. „Ja, wir wissen alle nicht, wie sich die Pandemie entwickelt“, sagt Sandra. Das sei keine Entschuldigung dafür, die Republik perspektivlos zu lassen. Sie fordert eine echte staatliche Ausfallversicherung für alle Veranstaltungen. „Und zwar jetzt, bevor es zu spät ist!“



„Ich finde, es ist wichtig, politisch langfristig anzuerkennen, dass wir Kunst und Kultur brauchen: Um kritische Fragen zu stellen, aber auch in der kulturellen Bildung für junges Publikum.“ – Elena Liebenstein, Dramaturgin

Regierungsbericht

Immer mehr Ungleichheit

Die soziale Spaltung in Deutschland nimmt zu. Das geht deutlich aus dem Entwurf des 6. Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung hervor. Armut und Ungleichheit verfestigen sich, während sich die Bildungs- und Aufstiegschancen zunehmend verschlechtern. Dabei wurden die Auswirkungen der Corona-Pandemie sogar nur teilweise berücksichtigt. Die vollständigen Folgen sind heute noch nicht absehbar.

Neue Daten zeigen, dass die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung mindestens 64 Prozent des Vermögens auf sich vereinen. Gleichzeitig verfügt ein Viertel der Bevölkerung über gar kein Vermögen oder ist sogar verschuldet.

Insgesamt fällt die arbeitspolitische Bilanz der Bundesregierung schwach aus. Zeit für einen Wandel!

Beschäftigte stehen im Regen

Fortsetzung von Seite 1



Aber nichts zeigt die Verantwortungslosigkeit der GroKo deutlicher als der Umgang mit den vielen Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die dieses Land auch in der Pandemie am Laufen halten. Seit zwei Jahrzehnten ist schon am Pflegepersonal gespart worden. Jetzt wird ihre körperliche und psychische Belastung auf die Spitze getrieben. Dazu kommt ihr hohes Infektionsrisiko. Beschäftigte in Leiharbeit, Logistik und Pflege erkranken viel häufiger an Covid-19 und müssen stationär behandelt werden. Sie wurden am Anfang der Pandemie beklatscht – und dann eiskalt im Regen stehengelassen. Die Regierung hat ihnen nicht einmal durch Gesetz und Druck auf die Arbeitgeber das notwendige Mindestmaß an Respekt

und Sicherheit zukommen lassen – es gibt weder bundesweit geltende Tarifverträge mit rechtlich verbindlichen Mindeststandards noch ausreichenden Infektionsschutz am Arbeitsplatz. Dazu kommt das Maskengate: Erst hat die Bundesregierung versagt, ausreichend Schutzmasken zu beschaffen, was zu hohen Infektionszahlen gerade bei Pflegerinnen und Pflegern führte, und dann bereichern sich Abgeordnete der Union bei der Maskenbeschaffung durch gigantische Vermittlungsgebühren. Viele Beschäftigte in der Pflege halten weiterhin die Stellung, um die Kranken nicht im Stich zu lassen, aber jede dritte überlegt, nach Corona aus dem Job auszusteigen: Das ist eine persönliche und – in Anbetracht des bestehenden Pflegekräftemangels – eine Katastrophe für uns alle. Die Gesellschaft ist gespalten wie nie, das Vertrauen der Menschen in die Politik auf einem Tiefpunkt. Ein echter sozialer und friedenspolitischer Kurswechsel im Oktober ist überfällig. Wir müssen

unser Land endlich zukunftssicher machen und dem außenpolitischen Konfrontationskurs der USA eine klare Absage er-

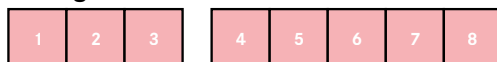
teilen. Deshalb braucht es eine starke Linke im Bundestag – konsequent für soziale Gerechtigkeit und Frieden.



Kreuzworträtsel

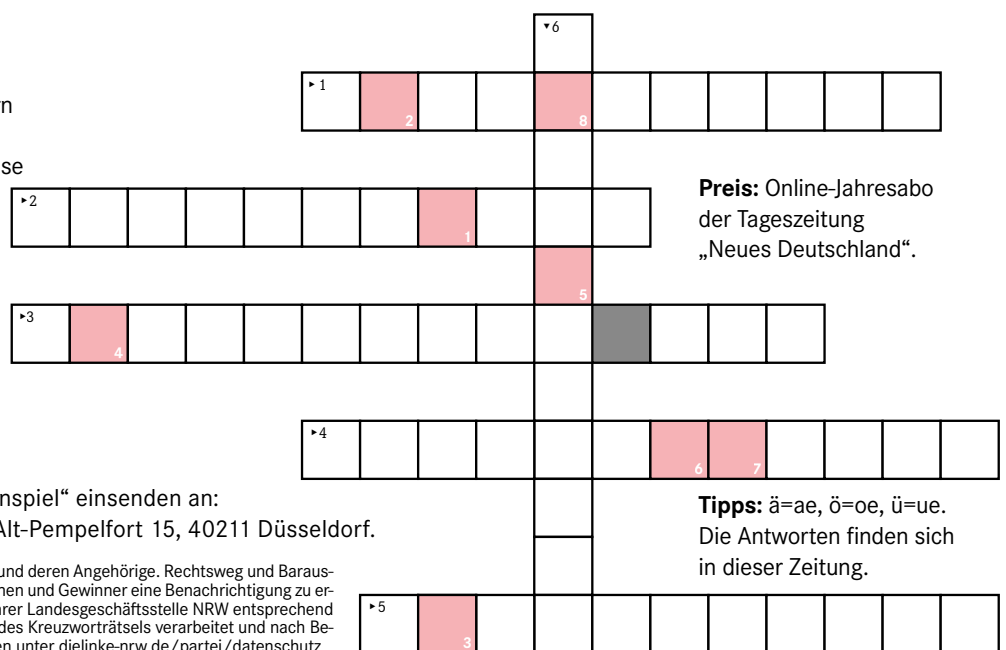
1. Muss auf mind. 13 €/h erhöht werden, um Armut zu verhindern
2. NRW-Landeshauptstadt
3. Aktionsbündnis der Veranstaltungswirtschaft in der Corona-Krise
4. Stahlunternehmen, das DIE LINKE in eine Industriestiftung überführen will, um Arbeitsplätze zu retten
5. Europäisches Schlusslicht beim Verhältnis Patientinnen und Patienten pro Pflegekraft (Land)
6. Vertretung der Beschäftigten im Betrieb

Lösungswort



Diese Lösung bitte bis 15.8.2021 per E-Mail mit Betreff „Gewinnspiel“ einsenden an: kampagne@dielinke-nrw.de oder per Post an DIE LINKE NRW, Alt-Pempelfort 15, 40211 Düsseldorf.

Teilnahme am Gewinnspiel für alle möglich, ausgenommen Mitarbeiter*innen der LINKEN und deren Angehörige. Rechtsweg und Barauszahlung ausgeschlossen. Alle Teilnehmenden stimmen zu, nach Ermittlung der Gewinnerinnen und Gewinner eine Benachrichtigung zu erhalten, ob sie gewonnen haben oder nicht. Die Angaben werden der Partei DIE LINKE in ihrer Landesgeschäftsstelle NRW entsprechend der EU-Datenschutzgrundverordnung zum Zwecke der Benachrichtigung nach Abschluss des Kreuzworträtsels verarbeitet und nach Benachrichtigung vollständig gelöscht. Weitere Hinweise zum Datenschutz und Ihren Rechten unter dielinke-nrw.de/partei/datenschutz.



Preis: Online-Jahresabo der Tageszeitung „Neues Deutschland“.

Tipps: ä=ae, ö=oe, ü=ue. Die Antworten finden sich in dieser Zeitung.

Corona trifft die Armen

Das Virus macht Unterschiede nach dem Geldbeutel: Das zeigen aktuelle Studien. So hat das Robert-Koch-Institut die Covid-Melddaten für Deutschland ausgewertet. Ergebnis: Das Infektionsrisiko folgt regionalen Mustern sozialer Ungleichheit.

Eine Studie aus Köln bestätigt das: In Stadtteilen, in denen mehr Arbeitslose sowie mehr Menschen im Wohn-geldbezug und mit Migrations-

hintergrund leben, gibt es die häufigsten Infektionen. In den wohlhabenderen Vierteln links des Rheins ist die Zahl der Ansteckungen viel niedriger.

Genau dort, so legt es die „Analyse der Kölner Kontaktverfolgungsdaten“ von Fraunhofer-Institut und Gesundheitsamt nahe, ging es jedoch im Frühjahr 2020 los: Die erste Welle lösten vor allem Skiurlaubs-Rückkehrende mit dem Ischgl-Effekt aus.



ANZEIGE

Überall und zu jeder Zeit lesen!

4 Wochen testen für nur 11 Euro

- Jederzeit digital lesen mit **nd APP** und **nd E-PAPER**
- Jeden Samstag **nd DIE WOCHE** im Briefkasten
- Einmalig **OXI** – die ökonomiekritische Monatszeitung
- Kombi-Mini-Abo endet automatisch

Kombi-Mini-Abo – Jetzt bestellen!

dasnd.de/kombiminiabo
Aboservice: (030) 2978-1800